

## **EU-Krise und kein Ende**

Die Europäische Union (EU) und das Euroland kommen nicht zur Ruhe. Das werden sie auch ohne einen radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel nicht. Zu groß sind zwischen den Ländern – unter der Bedingung einer einheitlichen Währung – die real- bzw. produktionswirtschaftlichen Unterschiede. Divergierende Produktivitäten und Innovationen sowie die gegebenen heterogenen Wirtschaftsstrukturen in den Ländern, bis hin zu einer in der EU nicht harmonisierten Finanz-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, sind zu dominant. Es war naiv von den selbsternannten politischen und ökonomischen Herrschaftseliten zu glauben, der Euro würde zwischen den Ländern automatisch eine realwirtschaftliche Konvergenz erzwingen. Man müsse nur kräftig zu den Besitzeinkommen (Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten) umverteilen, die Kapitalmärkte liberalisieren bzw. deregulieren und ansonsten auf die vielbeschworenen neoliberalen Selbstheilungskräfte des Wettbewerbs setzen. Würde man zusätzlich noch den in die Märkte intervenierenden keynesianischen Wohlfahrtsstaat in einen aktivierenden neoliberalen Wettbewerbsstaat umwandeln, der möglichst viel privatisiert und die Steuern für Einkommensreiche und Vermögende senkt und gleichzeitig die indirekten Verbrauchs- und Verkehrssteuern erhöht, dann wäre Europa auf dem „richtigen Weg“.

## **Doppelte neoliberale Umverteilung**

Das die weltweite Krise verursachende neoliberale System der Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen setzte dabei in Deutschland sogar auf eine doppelte Umverteilung. Bei den primären Markteinkommen lagen die Reallohnzuwächse unterhalb der Produktivitätssteigerungen. In Folge sank die gesamtwirtschaftliche Bruttolohnquote. Seit der Wiedervereinigung haben die abhängig Beschäftigten in Deutschland gut 1,1 Billionen Euro zu Gunsten der Besitzeinkommen verloren. Auch nach staatlicher Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben ging die Nettolohnquote zurück. Direkte Lohnsteuern und indirekte Steuern (Verbrauchs- und Verkehrssteuern) stiegen genauso wie die Sozialabgaben überproportional zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Dafür wurden die direkten Steuern und Sozialabgaben auf das Besitzeinkommen gesenkt und die Vermögensteuern so gut wie abgeschafft. Und mit den „Hartz-Gesetzen“ sind die Arbeitsmärkte vor dem Hintergrund bestehender Massenarbeitslosigkeit in viele Niedriglohnmärkte mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, von denen die Menschen nicht leben und nicht sterben können, massiv umgebaut worden. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich hat in Folge extrem zugenommen, wie auch eine allgemeine Entsolidarisierung.

## **Menschliche Arbeit wurde zur Restgröße degradiert ...**

Galt menschliche Arbeit bis Mitte der 1970er Jahre, bis zum neoliberalen Paradigmenwechsel – jedenfalls bei ernst zunehmenden Ökonomen –, noch als einzig neuwertschaffender Faktor, aus dem gleichzeitig Einkommen und Kosten erwachsen (dies impliziert immanent einen kapitalistischen Doppelcharakter und Widerspruch zugleich), so ist die Arbeitskraft von Neoliberalen, die u.a. nur das Recht des Stärkeren kennen und damit ohne jede Ethik und Moral sind, zu einem ausschließlichen Kostenfaktor degradiert worden. In der neoliberalen Shareholder-value-Welt gilt es Arbeitskosten brutal zu minimieren. So wurden auf Grund des Doppelcharakters gleichzeitig Arbeitseinkommen innerhalb der Wertschöpfung minimiert und unter dem Diktat der liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte zu einer Restgröße gemacht, während die Besitzeinkommen im Kapitalverwertungs- und Akkumulationsprozess als vorabbestimmte (ex-ante) bzw. festgelegte Größe explodierten.

## **... mit katastrophalen Wirkungen**

Dadurch kam es insgesamt zu drei wesentlichen Wirkungen: Erstens gingen in Deutschland die Massenkaufkraft und damit der Massenkonsum in Relation zur gesamten Wirtschaftsleistung, dem Bruttoinlandsprodukt, sowie in Folge die Realinvestitionen in Produktionsanlagen und -gebäude zurück. Wachstum in der Binnenwirtschaft fiel aus und die Arbeitslosigkeit nahm extrem zu. Zweitens wurde ein Teil der Umverteilung zu den Besitzeinkommen an den Exportgütermärkten über Preissenkungen von den Unternehmen weitergegeben und damit der deutsche Export angeregt, der auch ohne solche Preisreduktionen auf Grund der hochwertigen, innovativen und im Ausland geschätzten deutschen Produkte schon sehr erfolgreich ist. Mit der Euro-Einführung zum 1. Januar 1999 wirkte dann diese noch zusätzlich wie ein Katalysator auf die deutschen Exporte. Wettbewerbsfeindliche Aufwertungen auf Grund der Exportüberschüsse waren nicht mehr zu befürchten. Deutsche Exportunternehmen „segelten im Wind“ des Euros. Mittlerweile macht der Export fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland aus. Drittens wurde das durch die Umverteilung funktionslos gewordene überschüssige Besitzeinkommen spekulativ an den Finanzmärkten angelegt. Das gefährliche „Zocken“ der Spekulanten, wie in einem Spielkasino, gelingt hier aber immer nur temporär und auch nur für wenige. Börsenspiele sind Nullsummenspiele! Am Ende gibt es aber regelmäßig mehr Verlierer als Gewinner. Dies hat einmal mehr die Immobilienblase in den USA oder auch Spanien gezeigt, deren Platzen der Auslöser, nicht aber die Ursache der jetzt ablaufenden und längst noch nicht beendeten schwersten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren ist. Letztlich können eben die hoch spekulativen Finanzmärkte kein Eigenleben führen. Sie bleiben „Gefangene“ der in der produzie-

renden Realwirtschaft geschaffenen Wertschöpfungen, die an den Finanzmärkten allenfalls umverteilt werden können.

All diese drei katastrophalen Wirkungen zeigen sich in der gesamtwirtschaftlichen Vermögens- und Finanzierungsrechnung. Hier werden die Vermögens- und Kreditverflechtungen zwischen den nichtfinanziellen Sektoren und dem Finanzsektor in einer Volkswirtschaft manifest. Das vor der Krise durch die oben beschriebene Umverteilung von unten nach oben akkumulierte private Vermögen – völlig disproportional in und zwischen den Ländern verteilt – fand überwiegend Anlage bzw. als Kredit eine Nachfrage im Staatssektor mit entsprechender Staatsverschuldung. Und im Ausland kam es zu Importüberschüssen und damit zu einer negativen Ersparnis, hinter der überwiegend ein entsprechend hoher Exportüberschuss Deutschlands steht. So lag konkret im Ergebnis der sektorale Finanzierungsüberschuss (Differenz aus Geldvermögensbildung und (Netto-) Kreditaufnahme) der privaten Haushalte und des Finanzsektors in Deutschland von 1991 bis 2009 kumuliert bei 2.097,5 Milliarden Euro. Dem standen im selben Zeitraum ein Finanzierungsdefizit der Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in Höhe von 461,1 Milliarden Euro, des Staates von 887,7 Milliarden Euro und des Auslands von 748,7 Milliarden Euro gegenüber. Der Saldo allen Vermögens (Forderungen) und aller Schulden (Verbindlichkeiten) war demnach gleich Null, wie immer in einer offenen Volkswirtschaft unter Berücksichtigung des Auslandskontos.

### **„Rettungspakete“ greifen zu kurz**

Durch die im Zuge der Weltfinanzkrise dann aber zusätzlich entstandenen Staatsverschuldungen mussten die wenig produktiven und innovativen Länder mit Importüberschüssen und einer negativen Ersparnis als erste den „Weg in die Schuldknechtschaft“ antreten. Die reichen privaten Gläubiger und der Finanzsektor waren nicht mehr bereit, den öffentlichen Schuldnern der Defizitländer neue Kredite (oder Anschlussfinanzierungen für ihre Altschulden) zu geben. Jedenfalls nicht ohne exorbitant hohe Risikoaufschläge bei den Zinsen. So musste zunächst die EU mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds mit einem „Rettungspaket“ für notleidende Staaten wie Griechenland, Irland und Portugal haften, bevor die privaten Geldgeber neue durch die europäische Staatengemeinschaft abgesicherte Kredite vergaben und dafür weiter Zinsen kassieren, die ihr privates Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit noch größer machen. Alle sogenannten „Rettungspakete“ im Rahmen der EU-Krise, auch die erweiterten Maßnahmen auf dem Sondergipfel am 21. Juli 2011 von den Staats- und Regierungschefs der Eurozone beschlossen, sind demnach nichts anderes als „Rettungsaktionen“ für die privaten Gläubiger (private Haushalte und Finanzinstitute) bzw. ihrer Vermögensbestände. Damit diese ihr vor der Krise durch Umverteilung angeeignetes privates Vermögen nicht verlieren, tritt die Staatengemeinschaft in der Krise als Bürge für die Schuldnerländer auf und verlangt gleichzeitig von den notleidenden Ländern eine kontraproduktive deflatori-

sche Austeritätspolitik, die, wie in Griechenland schon heute zu einer beispiellosen Reduzierung der Realeinkommen um 20 bis 25 Prozent geführt hat und jedes notwendige Wirtschaftswachstum verhindert bzw. negative Wachstumsraten beschert. Jetzt soll der griechische Staat auch noch sein letztes „Tafelsilber“ an öffentlichen Gütern in Höhe von 50 Milliarden Euro an private Investoren verschern. Diese kaufen dem Staat zu Schleuderpreisen gerne das Staatseigentum mit ihrem reichlich vorhandenen Vermögen ab. Dies nutzt nur den Reichen und verschärft noch die Krise.

Eine Lösung ist aber auch nicht, den heute schon überschuldeten Ländern noch mehr verbilligte Kredite zu geben. Dazu zählen u.a. solche Maßnahmen, die wie Eurobonds, ein wenig die Zinslasten der Schuldner senken und in Ländern wie Deutschland, die auch hier bestehende hohe Staatsverschuldung verteuern und die Spielräume für dringend benötigte Staatsausgaben einengen oder Steuererhöhungen verlangen. Dies kann man politisch kaum vermitteln. Vor allen Dingen deshalb nicht, weil Profiteure von Eurobonds letztlich wieder nur vermögende Gläubiger sind, die diese Bonds kaufen; wobei neuerdings China im Gespräch ist, das Land mit den weltweit größten Währungsreserven. Auffällig bei allen bisher gelaufenen staatlichen „Rettungsaktionen“ ist der Tatbestand, dass nachdem die EU die Haftung für die Schulden einzelner Länder übernommen hat, die Vermögenden sofort bereit waren die Staaten mit weiteren Krediten zu versorgen. Die dann neu aufgelegten Staatsanleihen waren nachfrageseitig immer weit überzeichnet. Dies kann auch gar nicht anders sein. Der Staat ist eben ein bedeutender Schuldner und damit Nachfrager für die Vermögensbestände der Reichen, die hier ihre Überschussliquidität, ihre „räuberische Ersparnis“ (John Maynard Keynes), zinsbringend und ohne selbst dafür Arbeit zu leisten anlegen.

### **Ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept muss her**

Was dagegen not tut sind ein kurzfristig und ein langfristig angelegtes holistisches Konzept. Soll die EU ökonomisch und politisch und damit auch die Gemeinschaftswährung, der Euro, gerettet werden, müssen kurzfristig die privaten Vermögenden in Anbetracht der gigantischen Umverteilung vor der Krise, mit einem Vermögens- und damit einem Schuldenschnitt („hair cut“) einen veritablen und solidarischen Beitrag zur Krisenlösung leisten. Wie bei einer Unternehmensinsolvenz ein überschuldetes Unternehmen danach trachtet, Gläubiger zu einem Verzicht auf Forderungen zu bewegen, muss den Schuldenstaaten ebenso ein Großteil ihrer Schulden erlassen werden. So könnten beispielsweise die griechischen Staatsanleihen um 50 Prozent abgewertet und damit die Gläubiger ihren Anteil zur Krisenlösung leisten. Der Schuldenschnitt müsste dabei in zwei Stufen vollzogen werden: Zunächst einmal sind die reichen Gläubiger in den Schuldnerstaaten durch eine „Sonderkrisensteuer“ beim Abbau der Staatsschulden in die Pflicht zu nehmen. So gibt es viele reiche Griechen, Portugiesen und auch Iren, die vor der Krise von den Schulden ihres Staates kräftig profitiert haben. Danach sind erst

die ausländischen Gläubiger an dem Schuldenschnitt zu beteiligen. Daneben müssen als kurzfristige Maßnahmen die privaten Ratingagenturen genauso verboten werden wie die nachwievor möglichen unkontrollierten Spekulationsgeschäfte (vor allen Dingen der Handel mit ungedeckten Leerverkäufen) an den Finanzmärkten und auch der Handel mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) ist zu verbieten. Banken, die zu groß sind, um wie jedes andere Unternehmen auch in Insolvenz gehen zu dürfen („too big to fail“), sind in den einzelnen Ländern von den jeweiligen Kartellbehörden zu zerschlagen. Und sofort ist in Europa eine spürbare Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen muss in Europa grundsätzlich dem immer noch herrschenden Umverteilungs-Neoliberalismus der Garaus gemacht werden. Es muss ein völliges wirtschaftspolitisches Umdenken stattfinden. Die Verteilungsfrage der in den Volkswirtschaften arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfungen muss hier im Mittelpunkt stehen. Die dabei erzielten Produktivitäten müssen zwischen Arbeit und Kapital wieder verteilungsneutral ausgesteuert und die bisher aufgebauten Vermögensbestände durch eine europaweit vereinheitlichte Vermögensteuer abgeschöpft und zum Teil der Gesellschaft wieder zurück gegeben werden. Daneben muss die in einer Gesellschaft einzig demokratisch legitimierte Politik das Primat des Handels zurück erlangen. Die heute gegebene Dominanz der privaten Wirtschaft in Form eines „Unternehmerstaats“ und der Finanzmärkte, hinter denen sich vermögende Anleger (Geldmächtige) verbergen, muss dabei schnellstens beendet werden. Das Europaparlament als Legislative ist in diesem Kontext zu stärken und die EU-Kommission als europäisch-staatliche Exekutive in ihrer heutigen Machtfülle zu beschneiden.

Will die EU überleben, ist außerdem eine gemeinsame abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig, die vor allen Dingen das größte Problem in Europa, die Massenarbeitslosigkeit durch eine adäquate Arbeitszeitverkürzung bekämpft, und u.a. auch dafür Sorge trägt, dass die Leistungsbilanzen der einzelnen EU-Länder einigermaßen ausgeglichen sind. Dazu müssen die Länder eine dezidiert abgestimmte und vereinheitlichte wohlfahrtsorientierte Wirtschaftspolitik (Finanz-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) zur Stabilisierung ihrer Binnenwirtschaft betreiben. Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt stört hier und ist deshalb abzuschaffen, genauso wie nationalstaatliche „Schuldenbremsen“. Hierdurch kommt es letztlich nur zu einem kontraproduktiven Parallelverhalten staatlicher Ausgaben im Konjunkturzyklus. Wachstum wird so abgewürgt, Arbeitslosigkeit erhöht und am Ende stellen die ahnungslosen Finanzminister fest, dass sie auf Grund des makroökonomischen Sparparadoxons noch mehr Schulden haben. Und nicht zuletzt muss die Europäische Zentralbank (EZB) von ihrem einseitigen Preisniveaustabilisierungswahn befreit werden und endlich mit ihrer Geldpolitik auch Verantwortung für ein ökologisch ausgerichtetes Wirtschaftswachstum und für Beschäftigung übernehmen. Wenn dann noch in den Unternehmen durch mehr Mitbestimmung der Beschäftigten sowie durch eine materielle Partizipation am Mehrwert in Form von Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligun-

gen eine wirtschaftliche Demokratisierung umgesetzt würde, brauchte man sich auch keine Sorgen um Europa machen. Kommt es zu alledem nicht, sind dagegen größte Befürchtungen mehr als angebracht. Dies wäre dann eine Katastrophe.

---

September 2011